

KAS-Interview mit Lourdes Flores, der christdemokratischen Oppositionsführerin Perus, zur Rolle als Frau in der Politik und der Zukunft der christdemokratisch-konservativen Allianz Unidad Nacional

von **Anna Abelein***

Frau Flores, haben Sie die Wahl verloren, weil Sie eine Frau sind?

Ich glaube nicht, dass meine Niederlage damit zusammenhängt. Ganz im Gegenteil! Ich glaube, dass mein "Frau-Sein" Teil meines politischen Kapitals ist. Sicherlich gibt es Vorbehalte gegen eine Frau als Präsidentin, die aufgrund des Machismo bestehen. Andererseits verbinden sowohl Frauen als auch Männer mit einer Frau andere Stärken und Werte, was mir geholfen hat.

Wie arbeitet es sich als Frau im vom Machismo geprägten Peru? Wird Ihnen Ihr Frau-Sein bewusst gemacht?

In meinem Fall wurde mir weniger mein Frau-Sein bewusst gemacht, als die Tatsache, dass ich kinderlos und ledig bin. Es gab beispielsweise eine gross aufgezogene Kampagne in Quechua in der peruanischen Andenregion, bei der es darum ging, dass ich als kinderlose Frau die Bedürfnisse der weiblichen Bevölkerung, die ja hier zum grossen Teil Kinder hat, nicht verstehen könne. Das Mutter-Sein spielt in der peruanischen Gesellschaft eine grosse Rolle und ist eng mit dem Frau-Sein verbunden. Ob die Kinderlosigkeit eines Mannes ähnlich negativ beurteilt worden wäre, bezweifle ich. Hier kommt der Machismo mit ins Spiel. Eine Frau wird in Peru über die Ehe und die Mutterschaft beurteilt.

Sie haben u.a. in Madrid studiert. Sind Frauen, die sich in Lateinamerika politisch engagieren, mit anderen Probleme konfrontiert als Frauen in Europa?

Ich glaube nicht. Eine Frau hat als Politikerin auf der ganzen Welt dieselben Vor- und Nachteile. Der Unterschied zwischen Europa und Südamerika liegt darin, welche Themen der Politik sie ansprechen müssen. In der peruanischen Gesellschaft gibt es mehr Ausgrenzung als in Europa. Die Entbehrungen in Peru sind wesentlich elementarer als in Deutschland. Am stärksten davon betroffen sind Frauen. Ihr Gefühl von gesellschaftlichem Ausschluss und Vernachlässigung verursacht andere politische Forderungen als in Europa, wo andere Themen auf der Agenda stehen.

* Praktikantin der Konrad-Adenauer-Stiftung in Peru

Der Anteil der weiblichen Abgeordneten ist in den letzten Jahren erheblich gestiegen. Zusätzlich sind im aktuellen Kabinett sechs der 17 Minister Frauen, darunter auch die Innenministerin. Wie beurteilen Sie Maßnahmen wie Quoten oder Festlegung der Listenplätze nach Geschlecht, um die Repräsentanz der Frauen im politischen Leben zu erhöhen?

Ich habe die Einführung der Quoten befürwortet. Natürlich sind Maßnahmen wie Quoten positive Diskriminierung und müssen sehr vernünftig eingesetzt werden. Der Sinn dieser Maßnahmen ist es, einen Prozess, wie eben den der wachsenden politischen Beteiligung von Frauen, der sonst viel länger gedauert hätte, abzukürzen. Aus diesem Grund haben wir ja auch Quoten für die Beteiligung von Jugendlichen und Indigena eingeführt.

Führt das nicht auch dazu, dass sich Frauen vor dem Vorurteil "Quotenfrau" rechtfertigen müssen?

Es gibt immer diese zwei Sichtweisen. Man kann die Quoten natürlich auch kritisch sehen, weil Frauen dadurch ein besonderer Schutzraum geschaffen wird. Ich kann diese Kritik gut verstehen. Glücklicherweise haben wir jedoch ein System, in dem die zahlenmäßige Beteiligung von Frauen zwar unterstützt wird, trotzdem aber im Endeffekt die Wähler darüber entscheiden, wem sie ihre Stimme geben.

Trotz der zunehmenden weiblichen Präsenz in der Politik in den letzten Jahren sind Frauen im politischen Leben Perus nach wie vor stark unterrepräsentiert. Was sehen Sie als grösste Abschreckung für Frauen, sich politisch zu engagieren?

Ich denke, dass es dafür viele Gründe gibt. Ein Grund ist bestimmt die vom Machismo geprägte Denkweise, die Politik sei nicht das richtige Betätigungsfeld für eine Frau. Zusätzlich haben sie neben ihrer Arbeit und ihrer Familie, in der sie meist die Hauptlast tragen, keine Kapazitäten mehr frei, um sich politisch zu engagieren. Was sicherlich auch eine Rolle spielt, ist das mangelnde Vertrauen der Bürger in die Politik. Politisches Engagement besitzt deshalb keine Attraktivität für diejenigen, die sich aufrichtig engagieren und persönlich weiterentwickeln wollen. Für Frauen vielleicht noch weniger als für Männer. Zusätzlich ist es für eine Mutter nicht leicht, eine öffentliche Rolle als Politikerin zu spielen, bei der man sehr oft umstritten ist und Anfeindungen ausgesetzt wird.

Was schlagen Sie als weitere Förderungsmaßnahmen vor, um die Repräsentanz von Frauen in der Politik zu steigern?

Es ist wichtig die Qualität der politischen Kultur in Peru zu steigern. Wenn die Politik etwas ist, wo Menschen das Gefühl haben, wirklich etwas erreichen zu können, ohne ständig Diffamierungen und Anfeindungen ausgesetzt zu sein, wäre sie für viele begabte Menschen, darunter auch Frauen, ein attraktives Betätigungsfeld.

Bei der letzten Präsidentschaftswahl sind 20 Kandidaten zur Wahl angetreten. Hätte es da nicht weitere ideologisch nahestehende Kandidaten für eine Koalition gegeben, um sich

eine breitere Wählerbasis zu sichern und das mit 20 Kandidaten verbundene Stimmensplitting zu verhindern?

Die hohe Fragmentierung bei Wahlen schadet eindeutig. Es müssen in jedem Fall Maßnahmen zu einer stärkeren Zusammenarbeit gefunden werden, um das zu verhindern. Nur ist das eben nicht so einfach. Die Tendenz zum Individualismus und zur persönlichen Profilierung war in den letzten Jahren sehr groß.

Außerdem hat sich in den letzten Jahren gezeigt, dass das endgültige Ergebnis oft ganz anders ausgefallen ist, als man durch Umfragen davor erwarten konnte. Deshalb denken viele, dass sie im letzten Moment doch noch eine Chance auf die Präsidentschaft haben und treten deshalb trotz schlechter aktueller Aussicht an. Um diese Fragmentation zu verringern, muss man am politischen System arbeiten, um eine reifere, stabilere und weniger improvisierte Partizipation zu bekommen.

Sie sind bei der Wahl 2006 mit dem Mitte-Rechts-Wahlbündnis "Unidad Nacional" angetreten. Nach dem Austritt der Partei "Renovación Nacional" nach der Wahl sind nun nur noch zwei der drei ursprünglichen Koalitionspartner übriggeblieben. Wie beurteilen Sie die Zukunft der Unidad Nacional? Wird es bei den Präsidentschaftswahlen 2011 eine erneute Kandidatur von Ihnen mit diesem Wahlbündnis geben? Oder welche zukünftigen politischen Pläne haben Sie?

Die Allianz Unidad Nacional ist ein Mitte-Rechts Bündnis und dem christlich-humanistischen Denken verbunden. Diese Allianz besteht nun schon seit einer Legislaturperiode. Mit ihr konnten wir die Fragmentierung des politischen Systems etwas verringern. Diese Allianz wird auf jeden Fall bis zum Jahr 2010 andauern. Falls diese Allianz danach zu Ende gehen sollte, verbleiben die Rechte am Namen und dem Symbol beim Partido Popular Cristiano, welcher dann auch mit anderen Parteien ein Wahlbündnis schließen könnte. Für eine Aussage über eine neue Kandidatur 2011 ist es noch viel zu früh. Mit den Regional- und Lokalwahlen im November endet eine politische Etappe. Danach werden wir uns auf die Vorbereitung der nächsten Wahljahre 2010 (Lokal- und Regionalwahlen) und 2011 (Präsidentschafts- und Parlamentswahlen) konzentrieren. Bis dahin haben wir drei Jahre Zeit, um mittelfristig neue Führungskräfte auszubilden und eine neue Struktur mit lokalen Repräsentanten aufzubauen. Ich persönlich will intensiv in der nationalen und internationalen Politik weiterarbeiten. Einige befreundete Parteien aus anderen Ländern Lateinamerikas haben meine Kandidatur bei den kommenden Wahlen für die Präsidentschaft der Organisation der christdemokratischen Parteien Amerikas (ODCA) vorgeschlagen, die ich angenommen habe. Außerdem will ich auch weiterhin in der Christlich Demokratischen Internationalen (IDC) aktiv bleiben. Ich glaube, dass sich unsere Parteien aktuell auf der ganzen Welt einer großen Herausforderung stellen müssen. Dieser Herausforderung werde auch ich meine ganze Einsatzbereitschaft widmen.

Der Wahlsieger 2006 Alan Garcia, der Sie im ersten Wahlgang mit nur 0,5 % der Stimmen geschlagen hat, ist nun schon zwei Monate im Amt. Was sind ihrer Meinung nach die schwerwiegendsten Probleme Perus und wie schätzen Sie die Fähigkeiten Alan Garcias und seiner Partei APRA ein, diese Probleme zu lösen?

Ich denke, die ersten sechzig Tage dieser Regierung sind ordentlich gelaufen. Die eigentlichen Probleme des Landes, wie Armut, Bildung und mangelnder Zugang zum Gesundheits- und Justizsystem, sind bisher jedoch noch nicht angesprochen worden. Die aktuelle Regierung hat eine stark populistische Tendenz und setzt bevorzugt aufsehenerregende, aber inhaltlich wenig wichtige Themen auf die politische Agenda.

Frau Flores, herzlichen Dank für das Interview!